



Jungliberale Aktion



Aue-Schwarzenberg



Stellungnahmen

Karsten Gröger: (19.03.2007)

Bundesregierung hat Angst vor jungen Wählern

Die Bundesregierung hat Forderungen der Opposition nach der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre abgelehnt. FDP und Grüne wollen bundesweit durchsetzen, dass junge Menschen – nach österreichischem Vorbild – bereits mit 16 Jahren und nicht wie bisher erst mit der Volljährigkeit Zugang zu den Wahlurnen bekommen.

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg unterstützen den Vorstoß der Opposition im Bundestag und kritisieren gleichzeitig die sture Haltung der Bundesregierung in dieser Frage.

Wir sehen selbstverständlich ein, dass zusammen mit der Herabsetzung des Wahlalters ein besseres Funktionieren der demokratischen Institutionen verbunden sein muss. Anstatt vor jungen Wählern und deren Wahlentscheidung Angst zu haben, überwiegen für uns die Chancen die Risiken. Es besteht selbstverständlich die Gefahr, dass extreme Parteien – hauptsächlich von links, aber auch von rechts – mehr Zulauf bekommen. Das darf allerdings nicht dazu führen, den Status Quo beizubehalten. Ganz im Gegenteil sind dann die Parteien und Jugendorganisationen, die sich sonst so demokratisch nennen, gefragt, um massive Aufklärungs- und Jugendarbeit zu leisten. Aber selbst wenn sich ein Plus bei den Extremisten abzeichnet, muss das akzeptiert werden. Linke und rechte Parteien – so unangenehm das sein mag – gehören zum demokratischen Prozess dazu. Undemokratisch wäre nur, wenn diejenigen, die sich selbst Demokraten nennen, versuchen, unerwünschte Wählergruppen von vorn herein auszuschließen. Man kann gerne argumentieren, dass 16-Jährige noch nicht „reif“ genug für eine Wahl sind. Nur dann fragen wir uns, warum man den meisten Parteien bereits mit 16 Jahren beitreten kann – von Jugendorganisationen ganz zu schweigen.

Hinter dem Unwille der Bundesregierung in dieser Frage sehen wir folgende Gründe: Angst, die althergebrachten Machtstrukturen zu verlieren, Angst vor Veränderung und Angst, sich neu beweisen zu müssen.

Damit muss Schluss sein. Lassen wir jungen Menschen an die Wahlurnen!

Karsten Gröger: (12.03.2007)

Wir lassen uns nicht erpressen!

Islamische Extremisten zweier bisher unbekannter Terrorgruppen haben in den vergangenen Tagen Deutschland gedroht. So hat die Gruppe „Pfeile der Rechtschaffenheit“ zwei im Irak lebende deutsche Staatsbürger – Mutter und Sohn – entführt und droht nun mit deren Hinrichtung. Die Gruppe fordert, dass Deutschland umgehend seine Truppen aus Afghanistan abziehen soll, ansonsten würden die Geiseln getötet. Der Krisenstab des Auswärtigen Amtes ist schon seit Wochen mit der Aufklärung des Falles beschäftigt – bisher ohne Erfolg.

Eine zweite Terroristengruppe hat über das Internet eine Botschaft an die deutsche und österreichische Regierung versandt, in der den beiden Staaten mit Terroranschlägen gedroht wird, sollten sie ihr militärisches Engagement in Afghanistan nicht aufgeben. In der Botschaft heißt es: „Die Teilnahme Deutschlands am Krieg der Verlierer – Staaten von Amerika gegen den Islam und die Muslime – wird zu nichts führen, außer dass es zu mehr Drohungen kommt und dass Deutschland Gefahren in seinem Land erleben wird.“ Deshalb sollten die Soldaten abgezogen werden, „denn sonst werdet ihr an dem Tag bereuen, an dem euch keine Reue mehr nützt.“

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg fordern die Bundesregierung auf, den jetzigen Kurs in der Afghanistan-Politik fortzuführen. Wir begrüßen gleichzeitig die Entsendung von Recce-Tornados, die unsere Soldaten durch Aufklärungsarbeit unterstützen und gleichzeitig ihre Sicherheit erhöhen.

Wir dürfen uns in unserer Entschlossenheit, unsere Freiheit – auch am Hindukusch – zu verteidigen, nicht einschüchtern lassen. Deutschland lässt sich nicht erpressen. Wir sprechen uns gegen Verhandlungen mit Terroristen aus und bleiben der Meinung, dass Terrorismus nicht im eigenen Land, sondern an der Wurzel des Entstehens bekämpft werden muss. Wir sind ein entschiedener Gegner der Appeasement-Politik. Islamistisch-fundamentalistische Gruppierungen unterliegen einem Irrtum, wenn sie glauben, die Bundesrepublik durch

Entführungen und Drohungen mit Gewalt gefügig machen zu können. Als Global Player bleiben wir in der Verantwortung für unsere Werte und für den Wiederaufbau und die Befriedung Afghanistans. Ein Ende des deutschen Engagements würde bedeuten, dass es wieder Taliban-Trainingscamps gibt und die dortigen Absolventen eine Gefahr für unser aller Leben darstellen. Dazu darf es nicht kommen.

Karsten Gröger: (08.03.2007)

Karlsruhe stärkt die Berufsfreiheit

Das Bundesverfassungsgericht hat den Weg für mehr Berufsfreiheit für Rechtsanwälte freigemacht. Der erste Senat des höchsten Deutschen Gerichtes nahm in Teilen eine Verfassungsbeschwerde einer Rechtsanwältin an, die sich durch das in der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) festgeschriebene Verbot von Erfolgshonoraren in ihrer Berufsfreiheit eingeschränkt sah.

Die Karlsruher Richter urteilten wie folgt:

„§ 49 b Absatz 2 der Bundesrechtsanwaltsordnung in der Fassung vom 2. September 1994 (Bundesgesetzblatt I Seite 2278) und § 49 b Absatz 2 Satz 1 der Bundesrechtsanwaltsordnung in der Fassung vom 5. Mai 2004 (Bundesgesetzblatt I Seite 718) sind nach Maßgabe der Gründe insoweit mit Artikel 12 Absatz 1 des Grundgesetzes unvereinbar, als sie keine Ausnahme vom Verbot anwaltlicher Erfolgshonorare vorsehen.“

Der Gesetzgeber ist des Weiteren verpflichtet, bis spätestens 30.06.2008 eine Neuregelung zu schaffen. Bis dahin können die alten Regeln weiterhin angewendet werden.

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg begrüßen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Es handelt sich um einen Schritt zu mehr Freiheit und zu mehr Eigenverantwortlichkeit für die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in Deutschland. Es muss grundsätzlich jedem Advokaten freistehen, ob er seine Vergütung von einem erfolgreichen Ausgang einer Sache abhängig macht. Von Vorteil ist dies vor allem für diejenigen Mandanten, die bisher aus Kostengründen oder aus Angst, anwaltliche Gebühren im Falle einer Niederlage vor Gericht nicht bezahlen zu können, Rechtsbeistand oder sogar das Ringen um Gerechtigkeit abgelehnt haben. Dies gehört nun der Vergangenheit an.

Karsten Gröger: (27.02.2007)

Keine Begnadigung für Christian Klar!

Nachdem das Gnadengesuch von Brigitte Mohnhaupt, einer RAF-Terroristin und Mörderin, angenommen wurde, beherrscht das Thema RAF nun schon wieder die politische Diskussion in Deutschland.

So hat sich der ebenfalls inhaftierte Terrorist der Roten Armee Fraktion, Christian Klar, im Januar dieses Jahres mit einer Botschaft an die linke Rosa-Luxemburg-Konferenz gewandt, in der er erneut in hetzerischer und revolutionärer Weise gegen das freiheitlich-demokratische Gesellschaftsmodell der Bundesrepublik Deutschland wettete. Darin äußerte er unter anderem die Hoffnung, dass die Zeit jetzt gekommen sei, „die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen.“

Klar wurde zu sechsfach lebenslanger und zusätzlichen 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, unter anderem wegen mehrfachen Mordes und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Zu seinen Opfern zählen beispielsweise der ehemalige Arbeitgeberpräsident Schleyer, der damalige Generalbundesanwalt Buback und der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Ponto.

In Anbetracht dieser Äußerungen ist aus Sicht der Jungen Liberalen ASZ das momentan laufende Gnadengesuch Klars beim Bundespräsidenten strikt abzulehnen. Es ist erkennbar, dass Klar für seine Taten keine Reue zeigt und während seiner Haft nichts dazugelernt zu

haben scheint. Unserer Auffassung nach stellt Klar noch immer eine Gefahr für die Öffentlichkeit dar. Wir raten daher dem Bundespräsidenten, den Antrag auf Begnadigung abzulehnen.

Karsten Gröger: (06.02.2007)

Positives und Negatives vom Sport

Zwei Ereignisse aus der Welt des Sports haben in den letzten Tagen die internationale Öffentlichkeit beschäftigt – in positiver wie negativer Weise.

Die deutsche Handball-Nationalmannschaft konnte sich im Finale in Köln gegen Polen durchsetzen. Aus einem teilweise erbittert geführten Kampf mit vielen spannenden Momenten gingen die Deutschen als Sieger hervor.

Wir gratulieren den Handballern zum dritten WM-Titel!

Das zweite „sportliche Ereignis“ ist das komplette Gegenteil. Es handelt sich dabei um Hooliganismus in der italienischen Fußballliga „Serie A“. Bei Ausschreitungen italienischer „Ultras“ ist am Freitag ein Polizist getötet und ein anderer lebensgefährlich verletzt worden. Teilweise lieferten sich Polizei und Hooligans bürgerkriegsähnliche Straßenschlachten. Bereits vor Anpfiff des betreffenden Spiels musste vor dem Stadion Tränengas eingesetzt werden. Die Lage beruhigte sich allerdings nicht, Autos wurden in Brand gesteckt, Steine und Molotow-Cocktails flogen in Richtung Polizei. Randalierer schlugen bei Schlichtungsversuchen seitens der Einsatzkräfte mit Eisenstangen auf einen Polizisten ein und verletzten ihn an Leber und Nieren so schwer, dass er noch am Tatort starb. Ein weiterer Polizist wurde von einem Motorrad überrollt und schwebt in Lebensgefahr.

Als Konsequenz aus diesen Vorfällen wurden alle Fußballspiele in Italien für zwei Wochen abgesagt, die Regierung ist zu einer Krisensitzung zusammengetreten. Der italienische Innenminister Almaro drohte, keinen einzigen Beamten mehr für die Sicherung des Fußballs zur Verfügung zu stellen. In einer Verlautbarung des Vatikans heißt es: „Zusammen mit dem Polizisten ist am Freitag der Fußball in Italien gestorben.“

In Italien sind Vereinigungen radikaler Fußballfans längst zum Sammelbecken der „Verlierer der Gesellschaft“ geworden. Dort tummeln sich vor allem Neofaschisten, die Fußballspiele als Anlass für Gewalt nehmen und sich dann Straßenschlachten mit rot verummten Kommunisten liefern. Es handelt sich also nicht um ein Problem des Sports, sondern um ein politisches Problem. Und genau da muss die Regierung ansetzen. Den öffentlichen Frieden vorsätzlich aufs Spiel zu setzen, indem man keine Polizei mehr abstellt, ist jedenfalls der falsche Weg.

Florian Endt: (30.01.2007)

Die Debatte im Bayrischen Landtag über die Zukunft Edmund Stoibers

Neben dem Universum scheint es nur Eines zu geben, was wirklich unendlich ist: Die Arroganz der CSU. Inhaltlich hatte der Fraktionsvorsitzende der CSU, Joachim Herrmann, in seiner Rede wenig zu bieten, wenn man mal von den unwürdig primitiven Beleidigungen gegenüber der Opposition absieht. Nun ja, man kann es ihm aber wohl nicht übel nehmen, denn es ist schon erstaunlich genug, dass im Obrigkeitsstaat Bayern überhaupt so etwas wie Opposition geduldet wird.

Die Rede des Herrn Herrmann erinnert stark an Kriegspropaganda kurz vor der Kapitulation. Die „Front“ ist schon bis zur Bayrischen Staatskanzlei vorgerückt, doch Herr Herrmann verkündet noch den bald bevorstehenden, glorreichen Sieg der CSU.

Liebe „Freunde“ von der CSU: „Einbildung ist auch eine Bildung, leider bei euch die einzige Bildung überhaupt.“

Der Ortsverband: (24.01.07)

Wintereinbruch im Erzgebirge, in weiten Teilen Deutschlands und Europas

Für manch einen scheint es in jedem Jahr erneut eine Überraschung zu sein: Schneefall – und das mitten im Winter!

Der erste erhebliche Wintereinbruch 2006/2007 hat in Deutschland, wie alle Jahre, für erhebliches Chaos gesorgt. Der Deutsche Wetterdienst gab eine Unwetterwarnung für die Mittelgebirge vor starkem Schneefall heraus. Bei mehr als 500 Unfällen in Bayern und Baden-Württemberg sind bisher drei Menschen gestorben, ca. 40 Personen wurden verletzt. Auf den Autobahnen 8, 9 und 81 herrschte stundenlang Stillstand. Viele Lastwagen blieben liegen und mussten durch das Technische Hilfswerk freigeschleppt werden. In Frankreich kam es wegen des Wintereinbruchs zu massiven Stromausfällen – 120.000 Haushalte sind ohne Strom, Autobahnen wurden gesperrt oder waren unpassierbar.

Der Winter machte auch vor dem Erzgebirge nicht halt. So kam es auf den Autobahnen 4 und 72 zu erheblichen Behinderungen. Autofahrer müssen sich auf lange Staus und Wartezeiten einstellen. Stellenweise geht auf Bundes- und Landstraßen im Erzgebirge nichts mehr. Trotz des Wissens um den angekündigten Dauerschneefall hat der Winterdienst eklatant versagt.

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg fordern Landkreis, Städte und die Straßenmeisterei dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass Winterdienste und Räumfahrzeuge effizient und zeitnah eingesetzt werden.

Weiterhin bitten wir alle Kraftfahrer, die im Erzgebirge unterwegs sind, entsprechende Maßnahmen zu treffen, die ein gefahrenfreies Passieren unserer Straßen gewährleisten. Dazu gehören Winterreifen, Streugut und Schneeschippe, in höheren Lagen Schneeketten.

Karsten Gröger: (19.01.2007)

Orkantief „Kyrill“ fordert 28 Tote in Europa

Vom 18.01.07 bis in die frühen Morgenstunden des 19.01.07 ist über Deutschland und Europa einer der stärksten Orkane seit 1999 hinweggefegt. Der Deutsche Wetterdienst gab für das gesamte Bundesgebiet Unwetterwarnungen heraus, für die Mittelgebirge galten Warnungen vor extremen Orkanböen, an der Nordsee wurde vor einer Sturmflut gewarnt. „Kyrill“ erreichte im Bergland Spitzengeschwindigkeiten bis zu 200 km/h, im Flachland bis zu 150 Stundenkilometern. Die Deutsche Bahn sah sich gezwungen, bundesweit den Fernverkehr, Regionalverkehr und Stadtverkehr komplett einzustellen. Bahn-Chef Hartmut Mehdorn ist am Abend des 18.01.07 vor die Presse getreten: „Wir liegen still. Das hat es in dieser Form noch nie gegeben.“ Einzig und allein die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) hielten den S- und U-Bahn-Verkehr aufrecht. Zehntausende Bahnreisende saßen in Bahnhöfen fest, konnten sich aber über die Nacht in von der Bahn AG bereitgestellten Zügen aufhalten. Ab Mitternacht wurde der Berliner Hauptbahnhof evakuiert und geschlossen, nachdem der Sturm einen tonnenschweren Stahlträger vom erst kürzlich eröffneten Bahnhof weggerissen hatte. Die Berliner Feuerwehr rief seit den späten Abendstunden für die Bundeshauptstadt den Ausnahmezustand aus. Auch der Flugverkehr war erheblich eingeschränkt. Der Frankfurter Flughafen annullierte die Hälfte aller Flüge. Flugzeuge, die auf dem Weg in die Niederlande waren, wurden in Düsseldorf zum Landen gebracht. In Nordrhein-Westfalen fiel stellenweise der Strom aus, das deutsche Mobilfunknetz brach zeitweise zusammen. Die Feuerwehr und tausende Hilfskräfte sowie das Technische Hilfswerk waren im Dauereinsatz. Viele Landstraßen und Autobahnen im Bundesgebiet mussten wegen umgeknickter Bäume oder Unfälle gesperrt werden. An der niederländischen Grenze wurden LKW, die auf dem Weg nach Deutschland waren, umgeleitet. Für die deutsche Nordseeküste wurde in der Nacht Entwarnung gegeben. Die erwartete schwere Sturmflut blieb glücklicherweise aus. „Kyrill“ forderte europaweit mindestens 28 Tote, davon 10 in Deutschland. Die Münchner Rückversicherung schätzt die Höhe des Schadens auf einen dreistelligen Millionenbetrag.

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg sprechen allen Sturmopfern und deren Angehörigen ihr tiefes Mitgefühl aus. Gleichzeitig bedanken wir uns für das große

Engagement der Feuerwehren und der anderen Einsatzkräfte.

Karsten Gröger: (21.12.06)

Export unserer Bergkapellen ist Chance und keine Gefahr

Der Schwarzenberger CDU-Landtagsabgeordnete Alexander Krauß ist mit einem Artikel in der BILD vom heutigen Tage an die Öffentlichkeit getreten. Er fordert darin die erzgebirgischen Bergkapellen auf, nur in der Region, nicht aber „in irgendwelchen Ackerländern“ aufzutreten. Damit meint Herr Krauß anscheinend Leipzig und Dresden, da in diesem Jahr einige unserer Bergkapellen dort aufgetreten sind. Er sieht es als Gefahr für den Tourismus an, wenn die Menschen nicht mehr zu uns ins Erzgebirge kommen müssten, um unsere ureigenen Kapellen spielen zu sehen.

Einer derartigen Debatte Anstoß zu geben, entbehrt in meinen Augen jeglicher Grundlage. Zum einen können unsere Bergkapellen selber entscheiden, wo und wann sie auftreten und zum anderen ist es alles andere als eine Gefahr, wenn erzgebirgische Kultur auch über unsere regionalen Grenzen hinausgetragen wird. Wenn man in großen Städten wie Leipzig oder Dresden auf den Bühnen der Weihnachtsmärkte Gäste aus dem Erzgebirge sieht, dann ist das Ansporn, unsere Region zu besuchen. Der Export unserer Blasmusikkapellen ist Werbung für uns und gut für unseren Tourismus.

Karsten Gröger: (20.12.2006)

Vorschlag der CSU nach Einführung einer Autobahnmaut für PKW geht nicht weit genug

Seit gestern wird in Deutschland ein Vorschlag der bayrischen CSU kontrovers diskutiert: Die Einführung einer Autobahnmaut für PKW.

Grundsätzlich ist diese Idee zu befürworten, allerdings sollte man, wenn man etwas in Angriff nimmt, dies nicht nur halbherzig tun. Die CSU argumentiert jedoch, im Gegenzug zur Maut die Steuern (Mineralölsteuer, Ökosteuer) lediglich senken zu wollen. Das ist aber im Endeffekt Utopie, da keine Regierung eine bereits bestehende Steuer senken wird – Mehreinnahmen durch die Maut hin oder her.

Ich möchte hier zwei Bilder zeichnen, wie man es konsequent anstellen könnte:

Die Bundesrepublik Deutschland verkauft ihre Autobahnen komplett an private Unternehmer (Infrastruktur ist keine Staatsaufgabe) und schafft dafür die Mineralölsteuern und Ökosteuern ab. Für die Autofahrer wäre dieses Szenario das effektivste, denn zwischen Autobahnanbieter und Nutzer würde dann das Marktprinzip gelten. Will man als Autofahrer eine Autobahn nutzen, so zahlt man dafür direkt an den Anbieter und nicht mehr an den Staat in Form von Steuern. Man weiß also, dass man eine Leistung (hervorragend ausgebaute, im Winter ständig geräumte Straße) beglichen hat und nicht eine Zwangsabgabe, die der Staat dann nach dem Gießkannenprinzip verteilt. Es zahlen des Weiteren nur diejenigen, die die Leistung „Autobahn“ auch wirklich in Anspruch nehmen und nicht mehr die, die selbst gar nicht Auto fahren. Der Staat hätte davon erhebliche Mehreinnahmen, zum einen durch den Verkauf der Trassen, zum anderen durch die wegfallenden Kosten für Bau, Instandhaltung, Wartung und Räumung der Autobahnen.

Das zweite Szenario ist aus libertärer Sicht (und eigentlich auch aus liberaler Sicht) nicht konsequent. Es lautet wie folgt:

Der Staat behält seine Autobahnen, führt eine Maut ein, schafft aber dafür die Kfz-Steuern komplett ab. Die Bundesrepublik würde also das Monopol auf Autobahnen in unserem Land behalten. Der Bürger jedoch hätte auch in diesem Modell Vorteile: Nur noch diejenigen, die Autobahnen nutzen, zahlen dafür Maut. Keiner jedoch muss mehr Zwangsabgaben auf den Besitz eines Fahrzeuges leisten.

Jeder möge bitte selbst entscheiden, für welches der beiden Modelle er sich entscheidet. Für mich als Libertären und konsequenten Freiheitsfreund gehört der Markt auch in die Autobahnen.

Christian Hertig: (16.12.06)

Bürgerentscheidungen nur Theorie oder gar nur eine Utopie?

Normalerweise ist ein Bürgerentscheid einem Regierungserlass fast gleichzusetzen, deshalb ist es auch das höchste politische Mittel, was die Bürger unseres Landes nutzen können und sollen. Was allerdings nützt dieses Mittel, wenn die Politik einfach darüber hinweg sieht?

So geschehen in der Gemeinde Pöhla. Dort hatten sich fast 600 Menschen für den Austritt aus der VG Raschau-Markersbach-Pöhla ausgesprochen und für die Stadt Schwarzenberg ausgesprochen, also eine Mehrheit in diesem kleinen Örtchen. Man brachte diesen Entscheid im Innenministerium ein. Jedoch möchte sich das Innenministerium über diesen VOLKSENTSCHEID drüber hinwegsetzen, sehr zur Freude der Bürgermeister von Raschau und Markersbach.

Jetzt stellt sich die Frage: „Wie viel zählt der Wille des Bürgers in diesem Land noch?“

Wenn selbst ein Herr Franz Müntefering sagt, dass man sich nicht daran messen soll, was man vor der Wahl gesagt hat, warum WUNDERN SICH DANN DIE POLITIKER NOCH ÜBER DEN POLITIKVERDRUSS in der Bevölkerung?

Vor allem in unserer Region, wo immer mehr Extremwähler gezählt wurden bisher, vor allem dort müsste man noch mal über solche Entscheidungen nachdenken.

Vielleicht nicht dieser einzelne Fall, aber die Summe der Fälle könnte dazu führen, dass in diesem Land wieder die Extremisten, sowohl von Links oder Rechts, die Macht übernehmen könnten und wir haben doch die Folgen schon gesehen in der Zeit von 1933-45 bzw. 1949-89. Unsere Region hat mit die größten Erfahrungen gesammelt, also sollten wir aus dieser Zeit lernen und einen neuen Aufstieg verhindern.

Deshalb fordern wir Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg die Anerkennung des Bürgerentscheids der Gemeinde Pöhla.

Hoffen wir, dass sich die Politiker in der Weihnachtszeit noch mal dieser Bitte annehmen und über die genannten Probleme nachdenken.

Christian Hertig: (20.11.06)

Ladenöffnungsgesetz der Staatsregierung eine Halbe Sache

Das beschlossene Ladenöffnungszeitengesetz oder genau gesagt: „Vorschaltgesetz zu den Ladenöffnungszeiten in Sachsen (SächsLadöffVschG)“ ist laut Meinung der Jungliberalen in Aue-Schwarzenberg eine halbe Sache.

Die Forderung der FDP-Fraktion, nämlich Mo - Sa 24h geöffnet zu haben und die Sonntagsöffnung der Kommunen zu überlassen, wurde eiskalt abgelehnt, mit einer sehr dünnen Begründung seitens des Wirtschaftsministers. So müssen wir uns jetzt damit abfinden, mit solchen Zeiten wie 6-22 Uhr und 4 Sonntage im JAHR können verkaufsoffen sein.

Dabei hat die Regierung einfach nicht darüber nachgedacht, dass dieses Gesetz nur die Legitimität für die Öffnungszeiten gibt und nicht die Geschäfte dazu zwingt, so lange zu öffnen. Wenn ein kleiner Lokaler Einkaufsladen eben bis 1 Uhr in der Nacht öffnen möchte, warum wird es ihm dann durch solch eine Wirtschaftsblockade der Politik verboten?

Deshalb lehnen wir Jungliberalen in Aue-Schwarzenberg dieses Gesetz ab und fordern die Staatsregierung zum Überdenken ihres Entwurfs auf.

Unsere Forderungen noch mal im Einzelnen:

- Montag bis Samstag jeweils 24 h Legitimierte Öffnungszeiten
- das Öffnen an Sonntagen bzw. Feiertagen wird den Kommunen überlassen, genau so wie die Regelungen für diesen Tag

Karsten Gröger: (21.08.2006)

Für Infrastruktur im Erzgebirge – B93 mutig ausbauen!

Die Jungliberale Aktion Aue-Schwarzenberg hat sich an der Begehung des Trassenabschnittes der geplanten B93 in Johannegeorgenstadt / Steinbach am vergangenen Samstag nicht beteiligt. Den Grund dafür liefert heute unser Regionalblatt „Freie Presse“ in einem Artikel zur Sache. Dort heißt es: „...Wer hier ist, ist gegen die momentan favorisierte Variante des Straßenverlaufs...“ Eine Aussage, die nach meinem Dafürhalten bezeichnend für die angebliche Objektivität und Neutralität der Berichterstattung unseres Regional-Printmedien-Monopolisten ist. Im genannten Artikel steht kein noch so kleines Sterbenswörtchen über die Vorteile der B93. Es werden lediglich die Nachteile groß und breit veröffentlicht. Sollte es nicht zum Bau dieser Straße kommen und sollte der Region dadurch abermals Wirtschaftskraft verloren gehen, dann hat die „Freie Presse“ daran Mitschuld. Jeder, der sich für wichtig hält, kommt zu Wort, nur über die Befürworter dieser Straße wird eisern geschwiegen. Aber wenn die Sonne tief steht, werfen selbst Zwerge große Schatten.

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg sprechen sich für den schnellstmöglichen und wirtschaftlichsten Bau der geplanten Bundesstraße 93 aus.

Wenn man über ein solches Großprojekt spricht, welches für die Wirtschaftsfreundlichkeit und Infrastruktur des gesamten Erzgebirges von enormer Bedeutung ist, müssen Umweltaspekte und die Bedenken einiger Anwohner hinten an stehen.

Es stellt sich die Frage, was dem Gros der Menschen mehr bringt: Brach liegende Waldflächen oder eine Straße, die Wirtschaft anlockt und Arbeitsplätze schafft?

Es stellt sich die Frage, was wir mehr wollen: Rotwild oder Wohlstand durch Wirtschaft und Arbeit?

Es stellt sich die Frage, was wichtiger ist: Ideologieverseuchte Umweltschutzdebatten oder logische und rationale Argumente?

Der normale Menschenverstand soll Antworten auf diese Fragen geben.

Karsten Gröger: (21.08.06)

Freie Fahrt für freie Bürger – auch in Schwarzenberg

Der Stadtrat der Stadt Schwarzenberg hat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause einhellig dafür gestimmt, die Altstadt, bzw. den Markt werktags von 19 Uhr bis 9 Uhr und am Wochenende von 13 Uhr samstags bis 9 Uhr montags für den Durchgangsverkehr zu sperren. Erreicht werden soll dies durch einen automatischen Poller, dessen Installation noch für diesen September geplant ist.

Grund für diese Maßnahme ist die Tatsache, dass der Markt in Schwarzenberg eine verkehrsberuhigte Zone ist, laut einer Zählung der Stadtverwaltung ist allerdings 80% des Verkehrsaufkommens Durchgangsverkehr. Laut Gesetz ist ein derart hoher Prozentsatz jedoch für einen verkehrsberuhigten Bereich unzulässig. Wenn die Stadt nichts unternimmt, müssten die Fördergelder für den Ausbau des Marktes zurückgezahlt werden. Durch den Poller soll dies nun verhindert werden.

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg sprechen sich gegen die zeitweise Sperrung des Schwarzenberger Marktes aus und fordern die Stadtverwaltung auf, davon Abstand zu nehmen.

Wir begründen unsere Haltung wie folgt:

Eine bereits schon jetzt menschenleere Altstadt würde komplett „aussterben“.

Für die vielen Restaurant-Betreiber würden sich die erheblichen Umsatzeinbrüche, gerade auch am Wochenende, existenzbedrohend auswirken.

Punkt 2 würde daher einen unverhältnismäßigen Eingriff des Staates in die freie Wirtschaft bedeuten. Wir als Liberale lehnen paternalistischen Dirigismus aufs Allerschärfste ab.

Die ohnehin schon katastrophale Verkehrslage auf den Schwarzenberger Hauptstraßen, die momentan durch die baubedingte Sperrung der Schneeberger Straße noch verstärkt wird, würde in einem Negativhoch kulminieren.

Mit den Sperrzeiten, die außerhalb der gesetzlich oktroyierten Ladenöffnungszeiten liegen, soll vermeintliche Wirtschaftsfreundlichkeit vorgespiegelt werden. Dies ist in unseren Augen allerdings aberwitzig. Da es sowieso Beschlusslage der Jungen Liberalen ist, das Ladenschlussgesetz zu kippen und dem Einzelhandel völlige Freiheit zu lassen, hat das oben genannte Argument seine Überzeugungskraft verloren. In der Endkonsequenz würde der Staat durch die Sperrung also auch alle diejenigen Einzelhändlerinnen und Einzelhändler treffen, die auf dem Schwarzenberger Markt ein Geschäft haben.

Auch die drohenden Rückforderungen von Fördergeldern sind kein Argument, welches die Pollerlösung rechtfertigt. Alternativ könnten für den Markt Parkgebühren erhoben und die Geldmittel daraus für eine Rückzahlung verwendet werden.

Durch diese Gründe gestärkt und von dem Wille beseelt, die Freiheit, und sei es nur auf dem Markt in Schwarzenberg, zu verteidigen, werden die Jungen Liberalen sobald der Poller steht, die Aktion „JuliA sägt den Poller ab“ durchführen. Unterstützung dafür haben uns zugesichert:

Janny's Eisgeschäft

Treff Kebap-Haus

Italienisches Restaurant Milano

Blue-Angel-Bar

Ungarisches Restaurant Budapest

Der Ortsverbandes: (15.07.06)

Nicht Vergangenheit, sondern Zukunft zählt! - Für ein Zusammengehen mit Zwickau

Die geplante Funktionalreform in Sachsen hat eine Kreisgebietsreform zur Folge, über die momentan auch bei uns bereits heftig diskutiert wird; schließlich will man die versprochenen 10 Millionen Euro Fördergeld für ein freiwilliges Zusammenschließen zweier oder mehrerer Kreise erhalten. Bei uns ist die herrschende Meinung, dass es einen Erzgebirgskreis aus Aue-Schwarzenberg, Annaberg und Stollberg geben soll. Begründet wird dies mit der "Zusammengehörigkeit aller Erzgebirger", den "gemeinsamen Traditionen" und mit "landsmannschaftlichen Gesichtspunkten".

Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg sprechen sich gegen einen Erzgebirgskreis aus.

Die Funktional- und Kreisgebietsreform soll den Weg für die nächsten Jahrzehnte ebnen. Deshalb müssen wir in die Zukunft blicken, nicht in die Vergangenheit. Traditionen bleiben auch bestehen, wenn man nicht einen Kreis aller Erzgebirger bildet. Was zählt, ist wirtschaftliche Attraktivität. Allerdings wird diese nicht durch einen Zusammenschluss von arm und arm erreicht. Wir wollen ein Zusammengehen mit dem Zwickauer Land und Zwickau als solches. Dieser Wirtschaftsstandort würde auf Aue-Schwarzenberg ausstrahlen und zur Bildung peripherer Randgebiete beitragen. Des Weiteren darf man nicht schon bestehende Verwaltungsstrukturen zerstören, wie z. B. das Regionalschulamt, die Rettungsleitstelle, die Autobahnmeisterei, etc. All dies ist bereits jetzt in Zwickau ansässig.

Es wäre also aberwitzig, ja gerade zu grotesk, einen Landkreis zu bilden, in dem sich die finanziell und wirtschaftlich rückständigsten Kreise (Aue-Schwarzenberg, Annaberg und Stollberg) zu einem noch ärmeren Gesamtkonstrukt vereinen. Deshalb sind wir für die vernünftigste Lösung - für eine Region der Zukunft!

Der Ortsverbandes: (14.03.06)

Wohin geht unsere Demokratie?-JN-Stützpunkt in Lauter errichtet

Unser Land ist ja eine Demokratie und noch gilt auch die NPD als demokratische Partei, obwohl sie ja in unserem Landtag schon teilweise ihr wahres Gesicht gezeigt hat. Nachdem in unserem Kreis Aue-Schwarzenberg bei den letzten Wahlen ein höherer Anteil von NPD-Wählern vorherrschte, zur letzten Bundestagswahl wurden im Wahlkreis 166 Annaberg-Aue-Schwarzenberg in Erst- und Zweitstimmen über 6% für die NPD gezählt. Dies zeigt die schwere Lage, die unsere Region hat. Doch jetzt wagen sich auch die Jungen Nationalen (JN) hier her und gründeten einen Stützpunkt in Lauter. Dadurch will man die Jugend noch mehr in die Rechte Szene ziehen. Mit 13 Mitgliedern ist der Stützpunkt auch gut besucht und auch der 4. in Sachsen, aber was diese Leute an Politik machen... wir dürfen einfach nicht die Verbrechen vergessen, die diese Leute zu verschleiern versuchen. Genau so natürlich auch mit den radikalen Linken. Wir müssen in Deutschland als bürgerliche Mitte für alle da sein. Die Jungen Liberalen in Aue-Schwarzenberg appellieren an die Jugend in unserem Kreis, sich nicht blenden zu lassen. Trotzdem werden wir uns mit den Jungen Nationaldemokraten wie mit jeder anderen politischen Jugendorganisation kritisch, sachlich und konstruktiv auseinandersetzen.